

Protokoll der Tübinger Tagung der Sektion Kunstwissenschaft
der VDS-Fachkonferenz Kunst und Medien vom 16.-18. November 1973

1. Zu Beginn der Sektionstagung wurde vom Sektionssprecher eine kurze Einschätzung zu der bisherigen Sektionsarbeit gegeben. Trotz der erfreulichen Konsolidierung der Sektion ist die bisherige inhaltliche Arbeit nicht befriedigend. Dies wurde in weiteren Diskussionsbeiträgen unterstützt und dahingehend ausgeführt, daß die bisher schwerpunktmäßig geleistete organisatorische Arbeit jetzt für die weitere Entwicklung der SK in eine inhaltlich-wissenschaftstheoretische Arbeit übergeleitet werden muß. Kritisch wurde bemerkt, daß von den vier in Bochum gebildeten AG's zur Studienreform nur eine ihre Arbeit fortgesetzt hat.

2. Im Mittelpunkt dieser Sektionstagung standen die bisherigen Vorbereitungen des XIV. Deutschen Kunsthistorikertages 1974 in Hamburg, zu denen die Sektion im Verlauf Stellung nehmen und ihren Standort bestimmen mußte. Ausgangspunkt der Diskussionen war die Frankfurter Herbsttagung des Ulmer Vereins, deren Verlauf und Beschlüsse im 2. Nachrichtenbrief der Sektion mitgeteilt worden sind. Der seitdem geführte Briefwechsel zwischen dem VDK und dem Vorstand des Ulmer Vereins hatte eine Einladung des UV-Vorstandes zur Vorstands- und Beiratssitzung des VDK am 17.11.1973 in München zur Folge, wo die Frankfurter Beschlüsse seitens des UV vertreten werden sollten. Die Briefe zwischen VDK und der Sektion gingen nicht über den Rahmen der offiziellen Kenntnissnahme hinaus, so daß die Vertreter der Sektion nicht zu diesem Termin eingeladen wurden.

Die Frage nach einer möglichen Mitarbeit der Studenten an einem gemeinsamen Kongreß mit VDK und UV oder einem Alternativkongreß von UV und Sektion wurde kontrovers diskutiert.

Einerseits wurde von Teilnehmern der Bochumer Tagung berichtet, daß eine aktive Teilnahme am Hamburger Kongreß nicht generell ausgeschlossen wurde; es wurde jedoch zur Bedingung gemacht, daß die organisatorische wie inhaltliche Mitarbeit der Studen-

ten in den Sektionen des Kongresses gewährleistet sein müsse, andererseits wurde dies in die Fragestellung eingebunden, ob durch einen gemeinsamen Kongreß oder durch einen Alternativkongreß die Auseinandersetzung um wissenschaftstheoretische Probleme und politische Perspektiven vorangetrieben werden kann. Jedenfalls wurde eingeschätzt, daß nach den Frankfurter UV-Beschlüssen die Sektion einen Alternativkongreß mit dem UV für realisierbar ansieht, der sowohl die gleiche Publizität wie das Konstanzer Alternativprogramm erreicht als auch die Möglichkeit bietet, Kunstwissenschaft gesellschaftlich relevant zu praktizieren, ihre gesellschaftliche Problematik aufzuzeigen und somit eine Alternative zum VDK-Programm zu bieten. Der Aufforderung des UV an die SK wurde entsprochen, ihrerseits Vorschläge für einen Gegenkongreß zu machen, Mitarbeiter zu benennen sowie organisatorische Fragen zu klären.

Im Anschluß daran wurde inhaltlich auf die einzelnen Sektionen eingegangen. Bei der Realismusfrage wurde ein breites Spektrum von Meinungen aufgezeigt, die über die allgemeinen Ansätze nicht hinausgingen. Es konnte nicht festgestellt werden, welche studentischen Gruppen hierbei mitarbeiten könnten.

Zur Diskussion über die Städtebausektion wurden noch zusätzliche Informationen über die Ergebnisse der Frankfurter UV-Tagung und Aktivitäten in einzelnen Instituten gegeben. Es wurde dabei angeregt, die Denkmalpflegeproblematik in dieser Sektion mit anzuschneiden.

In der Diskussion über die Sektion Ästhetische Innovation wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch die ideologischen Mechanismen in der Konsumindustrie aufzuzeigen, nicht nur den ökonomischen Aspekt.

Während der Diskussion über die Sektion Historismus wurde mehrfach gefordert, marxistische Wissenschaftler zur Mitarbeit einzuladen. Eine genaue Analyse historischer Gegebenheiten, mithin auch des Historismus, sei nur durch die materialistische Methode zu erreichen. Dabei wurde betont, eine sinnvolle Arbeit dieser Sektion sei nur dann möglich, wenn interdisziplinär gearbeitet würde.

Es wurde noch über Arbeitsgruppen im Bereich der Denkmalpflege berichtet, die sich mit Sanierungsvorhaben beschäftigten. Als Konsequenz dieser Aussprache wurde die Forderung erhoben, theoretische Grundlagen für die Denkmalpflegepraxis zu erarbeiten, die einen gesellschaftlich relevanten Inhalt haben. Das Plenum forderte alle Fachschaften und Institute auf, je nach Möglichkeit zu einem Thema der Sektionen mit Institutsmitgliedern zu arbeiten. Die Form der Zusammenarbeit wollten die Tagungsteilnehmer offenlassen, sowohl Einzel- als auch Gruppenarbeiten sind möglich.

Die Fragen zu der inhaltlichen wie organisatorischen Beteiligung an einem Kongreß bzw. Gegenkongreß sind nicht zu trennen von dem Verhältnis zwischen Ulmer Verein und der Sektion Kunstwissenschaft. Die Stellung beider Organisationen wie eine perspektivisch angelegte Zusammenarbeit wurden sehr kontrovers diskutiert. Einig waren die anwesenden Sektionsmitglieder in der Einschätzung, daß der Ulmer Verein keine homogene Gruppe darstellt, sondern daß er sich - noch stärker seit Konstanz - als heterogene Standesorganisation ausweist. Während ein Teil der Anwesenden die Zusammenarbeit mit dem UV durch dessen opportunistische Politik aufs stärkste gefährdet sieht, vertrat die Mehrheit die Auffassung, daß die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen im Hinblick auf die weiteren Aufgaben notwendig ist, wobei aber auch die verschiedenen Interessen in Zukunft stärker inhaltlich geklärt werden und die Sektion auch über eine inhaltliche Arbeit zu einem klaren Standpunkt finden muß. Die Kriterien für ein Bündnis wurden noch nicht in dem erforderlichen Maße durchdiskutiert, wie auch die Perspektive unserer zukünftigen Arbeit ungenügend formuliert wurde.

Am Sonntag wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Verhandlung zwischen Vorstand und Beirat des VDK und dem Vorstand des Ulmer Vereins in der Sektion diskutiert. Im Hinblick auf die Frankfurter Beschlüsse wurde folgendes erreicht:

- a) der Vorstand des UV wurde als Verhandlungspartner seitens des VDK anerkannt,
- b) eine Beteiligung der Studenten in den Sektionsleitungen

wurde in folgenden Sektionen erreicht: Museum, Denkmalpflege (für die Sektion Hochschule hatte man sich darauf schon auf der Marburger Sitzung geeinigt, da eine Diskussion über die Hochschulreform ohne die Studenten selbst vom VDK als Witz angesehen wurde).

Die volle Formulierung lautet: "Vorstand und Beirat empfehlen den Sektionsleitern Museum und Denkmalpflege, in die Sektionsleitung einen vom VDS benannten bzw. einen nachweisbar im Sektionsfach qualifizierten Studenten aufzunehmen".

- c) Die offizielle Kongreßbezeichnung wurde mit folgender Notiz versehen: "An der Vorbereitung des Kongresses waren Ulmer Verein, Studentenschaft und Gäste beteiligt."
- d) Der VDK-Vorstand ist bereit, den Vertretern der Sektion in einem Gespräch die Ergebnisse zu erläutern.

Die nun folgende Diskussion ergab als Einschätzung, daß dieses Ergebnis für die Sektion nicht annehmbar ist, da die Formulierung "Vorstand und Beirat empfehlen den Sektionsleitern ..." nicht gewährleistet, daß die Sektion die Studenten in die Sektionsleitungen delegieren kann, da über eine Abstimmungsmehrheit der schon bestehenden Sektionsleitung ein "nachweisbar anderer qualifizierter Student" gewählt werden kann. Der schwerwiegendste Einwand war aber, wie die SK ihre inhaltlichen Vorstellungen in die Sektionen hineinbringen kann. Bei den zugestandenen Sektionen ergeben sich Stimmenverhältnisse von 3:1 bzw. 4:1. An diesem Punkt wird deutlich, daß die inhaltliche Arbeit nicht von der organisatorischen getrennt werden kann, zumal in den Sektionsleitungen auch von dem VDK bestimmte UV-Mitglieder sitzen, die eine Vertretung gemeinsamer Interessen (UV u. SK) ungeklärt erscheinen lassen. Die Mitgestaltung der Sektionen wird von der SK nicht als eine formale angesehen, sondern erscheint nur in einer mit den anderen Gruppen gleichberechtigten Zusammenarbeit möglich und akzeptabel.

Abschließend wurden die von der Versammlung bestätigten Vertreter der SK F.Verspohl und K.Schrenk beauftragt, folgende Stellungnahme der Sektion bei dem Gespräch mit Vertretern des VDK zu vertreten:

1. Die Sektion KW beschließt einstimmig, daß eine Mitarbeit

nur unter Erfüllung der Drittelparität in den Sektionsleitungen durch Studenten möglich ist, die von der SK benannt werden.

2. Außerdem wird gewünscht, daß die Sektion Nachkriegsarchitektur nicht ersatzlos gestrichen werden solle. Die Verhandlungsführer sollen das Wiedereinführen dieser als wesentliches Interesse der Studenten fordern.

Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen. Der Sektionssprecher soll dem UV die Position der SK klarlegen.

3. Diskussion über den Studienplanentwurf Heusinger

Als Themen werden genannt: Grundstudium, Studienberatung, Projektstudium, Tätigkeitsfelder der Kunsthistoriker, Lernziele und Curriculum. Es ergab sich das Problem, daß das von L.Heusinger erstellte Arbeitspapier unter den Sektionsmitgliedern kaum bekannt war, obwohl es die einzig vorhandene Diskussionsgrundlage darstellte. Man einigte sich darauf, die zentralen Passagen, d.h. die Seiten 22-33 (Perspektivischer Studienplan), in einer 30minütigen Pause zu lesen und anschließend in die Diskussion einzutreten.

In der Diskussion wurde zunächst danach gefragt, ob unter den gegenwärtigen Situationen an den Hochschulen (Landeshochschulgesetze, Hochschulrahmengesetz etc.) der UV-Entwurf nicht zu sehr von der realen Situation in der BRD abstrahiere, da eine Harmonie zwischen Lehrenden und Lernenden, wie sie dieser Studienplan voraussetze, nicht existiere.

Daran anknüpfend werden von Vertretern der einzelnen Institute die im UV-Papier liegenden Möglichkeiten aufgezeigt, den hochschulpolitischen Bestrebungen der einzelnen Bundesländer auf Intensivierung und Effektivierung der Studiengänge entgegenzukommen:

- LHG Baden-Württemberg fordert Studienplan und Regelstudienzeit mit verschärften Qualifikationsnachweisen
- Bayern schreibt Studienpläne vor, delegiert die Ausarbeitung an die Lehrenden

- Hessen beauftragt die Hochschulen zur Erstellung von Studienplänen zu einem festen Termin, wird dieser nicht eingehalten, wird der Studienplan vom KuMi erlassen.

In der Diskussion wird von allen Seiten festgestellt, daß sowohl die KuMi-Bürokratie keineswegs unterschätzt werden darf als auch der Heusinger-Entwurf mit seinem bewußt progressiven Vokabular technokratischen Tendenzen innerhalb dieser Bürokrationen und ihren Reglementierungsbestrebungen entgegenkommt, da eine inhaltliche Füllung von sehr verschiedenen Positionen aus möglich ist. Es wird festgestellt, daß auf die reale Situation der Studenten kaum Bezug genommen wird. Trotzdem würde bei sinnvoller Anwendung des Heusinger-Entwurfes bei gleichzeitiger Weiterentwicklung eine Möglichkeit bestehen, das politische Bewußtsein der Studenten in der Verknüpfung mit der fachlichen Arbeit zu aktivieren und den Kampf der Studenten für demokratische Lehr- und Forschungsinhalte voranzutreiben. Weiter schließt die augenblickliche Struktur der Lehrenden die Möglichkeit aus, die entwickelten Formen des Entwurfes zu praktizieren. In verschiedenen Redebeiträgen wird die Notwendigkeit des studentischen Kampfes nochmals dargelegt, wobei auch der Gefahr begegnet werden muß, progressive studentische Mitarbeit in formale Auseinandersetzungen zu kanalisieren, den geringer werdenden Freiraum studentischer Aktivitäten möglichst fachimmanent im Sinne der Effizienz zu binden.

Nach der Plenumsdiskussion formierten sich Arbeitsgruppen mit folgenden Themen:

1. Funktionsbestimmung und Ausbildungsziel von Kunstgeschichte
2. Bedingungen und Förderung eines berufsorientierten Studiums
3. Projektstudium.

Bei der Diskussion der Ergebnisse der AG's im Plenum stellte sich heraus, daß man wenig konkret über die allgemeine Kritik am Heusinger-Papier hinausgekommen war.

Gruppe 1: Heusinger vernachlässigt eine Funktionsbestimmung der Kunstgeschichte in ihrem Anwendungsbereich, d.h. er vernachlässigt die Enthistorisierung der Wissenschaft als ideologische Strategie des Bürgertums. Die Zielformulierung der AG

"Kritikfähigkeit gegenüber allen Formen der visuellen Kommunikation" ist zu verstehen als das Ziel, bes. über die inhaltliche Erfassung neuer Bereiche (Kulturdezernate, Medienarbeit) auf ein dialektisches Denken im Bereich der Ästhetik und ein kritisches Umgehen mit Kunst hinzuwirken.

Gruppe 2: Das Papier ist so wertneutral und wenig konkret, daß es auch den Rahmen für eine reaktionäre Konkretisierung und Füllung liefert. Darüber hinaus hat der progressive Anstrich der Formulierung integrierende Funktion. Eine Berufsorientierung des Studiums ist im Rahmen solcher Allgemeinheit nicht zu erreichen. Als ein Feld für ein praxisorientiertes Studium, in welchem Politisierung zu erreichen ist, wurde die Denkmalpflege genannt.

Gruppe 3: Der Entwurf bleibt hinsichtlich der Frage der Projekte unkonkret und könnte auch reaktionäre Funktionen erfüllen. Eine Trennung von innerdisziplinären Projekten im Grundstudium und überdisziplinären Projekten im Hauptstudium ist in sich zu allgemein (s.o.) und vor allem nicht durch die Ziele begründet.

Insgesamt wurde nochmals kritisiert, daß der Vorspann im Heusinger-Papier zwar auf Ideales abzielt, aber die geringe Konkretion im eigentlichen Studienplan Gefahren birgt. Dagegen stand, daß eine inhaltliche Festschreibung im Sinne der Durchsetzbarkeit unpragmatisch wäre. Aus der tendenziellen Übereinstimmung mit dem Vorspann des Entwurfes stellte sich im weiteren die Frage der Durchsetzbarkeit. Insgesamt gab es drei Meinungsgruppen: 1. Eine Notwendigkeit zur Aufstellung von Studienplänen gibt es nicht, da jede Studienreform die wirklichen Machtverhältnisse verschleiert. (Minderheitenmeinung) 2. Studienplanung ist notwendig, aber der Heusinger-Entwurf unakzeptabel. 3. Der Entwurf ist unvollkommen, aber eine Kritik und Umarbeitung könnte über eine verbesserte Form verschleiert werden.

Hierzu wurde festgestellt, daß die Heusinger-Gruppe alle Regionalgruppen des Ulmer Vereins und alle Fachschaften gebeten hat, Kritik und Änderungsvorschläge zum Entwurf zu äußern. Im Sinne einer Pragmatik der Durchsetzbarkeit sollte man breite

Diskussion darüber aufnehmen und auf eine Zusammenarbeit mit dem progressiven Mittelbau in der institutionellen Auseinandersetzung hinarbeiten, um so einen Druck auf den UV auszuüben. Folgender Antrag wurde gestellt:

"Die Sektion Kunstwissenschaft hält das Studienpapier der Arbeitsgemeinschaft um Lutz Heusinger für eine diskutierenswerte, aber in weiten Teilen dringend kritikbedürftige Grundlage der weiteren Auseinandersetzung um die Studienreform. Die Sektion Kunstwissenschaft wird sich in der nächsten Zeit eine dezidierte Stellungnahme erarbeiten und strebt an, mit dem Ulmer Verein einen gemeinsamen Entwurf zu entwickeln".

Der Antrag auf Nichtbefassung dieses Antrages mit der Begründung, man solle erst das Verhalten der UV-Mitglieder in den Münchner Gesprächen mit dem VDK abwarten und über das weitere Vorgehen am Sonntag morgen (18.11.) beschließen, wurde mit 5 Gegenstimmen abgelehnt.

Die Frage nach dem breiteren politischen Rahmen, in den sich eine systemüberwindende Ausbildung im Fach Kunstgeschichte stellt, soll geklärt werden. Dem Heusinger-Papier wird vorgeworfen, daß es allein schon durch den Leistungsdruck, den es hervorruft, für politische Arbeit keine Zeit mehr lasse. Politische Praxis müsse auch bereits in der Methodologie angelegt sein. Das Problem läßt sich in drei Teilbereiche aufgliedern: Wie hat politische Arbeit in der Kunstgeschichte bisher ausgesehen? Ist sie im Rahmen der Kunstgeschichte möglich? Kann Kunstgeschichte politisch-praktisch strukturiert werden? Offensichtlich werden die Möglichkeiten hierzu, den verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Instituten entsprechend unterschiedlich eingeschätzt. Es wird der Einwand (Würzburg) erhoben, wie weit man sich, besonders im Hinblick auf die Berufsverbote, über die Berufsperspektive aufgrund eines progressiven Lehrplans hinwegtäusche. Die Art des bisherigen Studienangebots (das mehr oder weniger zufällig, auf jeden Fall ziellos zustande kommt) rechtfertigt aber in jedem Fall eine Strukturierung durch den Studienplan. Im übrigen wird eine progressive Berufskonzeption durchaus für möglich gehalten, als Bei-

spiel wird die Mitarbeit von Studenten an den Ausstellungen des Frankfurter Kunstvereins genannt, was allerdings nicht institutionell verankert ist. Wenn aber politische Arbeit über die Institute nicht möglich ist, worin besteht dann überhaupt der Sinn von politischer Arbeit als Kunsthistoriker?

Oder: Wird nicht wieder politische Arbeit auf Wissenschaft beschränkt? Einig ist man sich darüber, daß der politische Kampf in allen Bereichen geführt werden muß. Zu der begrifflichen Klärung des Heusingerpapiers erhob sich Widerspruch, ob man nicht erst die Funktion dieses Entwurfes diskutieren solle. Dem wurde entgegnet, daß erst, wenn die Details aufgearbeitet seien, auch die Funktion klar würde. Ein Antrag (Marburg), keine Grundsatzdiskussion zu beginnen, sondern die Detailfragen zu klären, wurde mehrheitlich angenommen.

In der folgenden Diskussion werden einige Punkte des Heusingerpapiers herausgehoben, so der Hinweis auf neue angestrebte Tätigkeitsfelder für die KG wie etwa die Erwachsenenbildung. Allgemein wird das Papier auf seine Intendierung von medienwissenschaftlicher Tätigkeit und berufsbezogener Lehrinhalte hin untersucht und außerdem das Verhältnis der Sektion zu dem Papier angesprochen. Hier wären zwei Möglichkeiten gegeben, entweder die Erstellung eines Gegenmodells oder eine Verbesserung des Papiers. In diesem Fall wäre es die Aufgabe der Sektion, durch ihre Beiträge die reaktionäre Verwendung des (durchaus ambivalent brauchbaren) Papiers zu verhindern.

4. Die Nachmittagssitzung des 1.7.n. begann auf Antrag der FS Marburg mit der Diskussion des Sauerländer-Briefes "an die geschäftsführenden Direktoren der Kunsthistorischen Institute und Universitäten und Technischen Universitäten", in welchem die Adressaten aufgefordert werden, "je einen habilitierten Hochschullehrer" zu einem Gespräch über Studienplanung und Studienabschluß für den 19.1.74 nach Wolfenbüttel zu entsenden. Dazu lag ein offener Brief der Betriebseinheit Kunstgeschichte an der Philipps-Universität Marburg vor. Hierin wird festgestellt, daß durch ein solches Vorgehen die bisher praktizierte

Drittelparität negiert wird und besonders die Berufsbezogenheit des Studiums durch den Ausschluß der "Praktiker in Museum und Denkmalpflege". Es wird gefordert, daß "ein paritätisch besetztes Gremium gebildet wird, das die Koordinierung der Diskussionsergebnisse übernimmt.

Folgende Resolution der Sektion Kunstwissenschaft im VDS zum Marburger offenen Brief wurde einstimmig angenommen:

"Die auf der 3. Tagung der Sektion Kunstwissenschaft in der Fachkonferenz "Kunst und Medien" des VDS vom 16./18. 11.73 in Tübingen versammelten Fachschaften haben Inhalt und Hintergründe des "Offenen Briefes" an den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V. des Vorstandes der Betriebseinheit Kunstgeschichte im Fachbereich 09 der Philipps-Universität Marburg vom 9.11.d.J. zur Kenntnis genommen.

Diese Stellungnahme zu der intendierten Art und Weise über Studienplanung und -abschlüsse zu befinden, unterstützt die SK inhaltlich voll. Sie ruft alle Fachschaften und Institutsvertreter auf, für die Diskussion des offenen Briefes Sorge zu tragen."

5. Auf Anregung der FS Marburg stellte sich die SK einstimmig hinter die Chile-Resolution in den "Kritischen Berichten"!

Im Anschluß an die Chile-Resolution weist die SK darauf hin, daß innerhalb der Fachkonferenzen "Kunst und Medien" geplant ist, in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kulturorganisationen als praktisches Zeichen der Solidarität mit Chile einen Band mit Zeichnungen, Karikaturen, Gedichten, Liedern etc. zum Thema Chile zu billigem Preis und in möglichst großer Auflage herauszugeben. Kollegen der SK, die einen Beitrag zur Kunst in Chile leisten wollen, sind gebeten, sich mit dem Sekretariat der Fachkonferenz (AHLHEIT c+o ASTA Marburg) in Verbindung zu setzen. Eine gleichzeitige Geldsammlung zugunsten des Chile-Solidaritätskontos z.Hd. Erich Wulf erbrachte DM 100.--.

6. Da Eckhard Siepmann zurücktrat, mußte der Posten des Sektionssprechers neu besetzt werden. Es wurde festgestellt, daß

ein neuer Sprecher nur bis zum Ende des WS gewählt werden könne, da dann erst die nächste Mitgliederversammlung des VDS tagt. Die FS Marburg gab den Vorschlag des Sekretärs der VDS Sektion Kunst und Medien bekannt, den neuen Sprecher aus der FS Marburg zu wählen, um eine Koordination mit der Sektion K.u.M. zu gewährleisten:

Bei einer Enthaltung wurde zum neuen Sprecher Uwe Geese gewählt.

7. Es wurde festgestellt, daß trotz mehrfacher Mahnung das Protokoll der Bochumer Tagung nicht eingetroffen ist. Das Plenum mißbilligte dieses unsolidarische Verhalten.